

146562-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Rechnungslegung und -prüfung – Durchführung der Jahresabschlussprüfungen 2024 bis 2026 und 2027 sowie 2028 (optional) der Goethe-Universität Frankfurt am Main und ihrer verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

OJ S 50/2024 11/03/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Der Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bereich Finanzen und Controlling, Einkaufsmanagement

E-Mail: vergabestelle@dlist.server.uni-frankfurt.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Durchführung der Jahresabschlussprüfungen 2024 bis 2026 und 2027 sowie 2028 (optional) der Goethe-Universität Frankfurt am Main und ihrer verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Beschreibung: In Anwendung des § 96 Abs. 2 HessHG i.V. mit § 12 Hess StiftG wird, in Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, als Stiftungsaufsicht der Goethe-Universität, ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung und Testierung des Jahresabschlusses beauftragt. Weiterhin wird ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung und Testierung des Jahresabschlusses der im Leistungsverzeichnis (Teil B der Vergabeunterlage) aufgeführten, verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften, beauftragt. Nähere Informationen zum Leistungsumfang sind dem Leistungsverzeichnis (Teil B der Vergabeunterlage) und der Anlagen hierzu (Teil B - Anlagen 1 - 8), zu entnehmen.

Kennung des Verfahrens: ffb6b960-4532-4523-919d-0c211b7f750d

Interne Kennung: 9.40.15 VgV EM1-FC-01-23

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: siehe Vergabeunterlage

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79210000 Rechnungslegung und -prüfung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Johann Wolfgang Goethe-Universität Theodor-W.-Adorno-Platz 1

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60323

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YMYH0B0 Kosten aller Art, die Bewerbern oder Bietern, im Rahmen der Beteiligung an dieser Ausschreibung entstehen, werden vom Auftraggeber nicht ersetzt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Durchführung der Jahresabschlussprüfungen 2024 bis 2026 und 2027 sowie 2028 (optional) der Goethe-Universität Frankfurt am Main und ihrer verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Beschreibung: Prüfungsdienstleistungen von Wirtschaftsprüfern und Wirtschaftsprüfergesellschaften, zur Prüfung und Testierung von Jahresabschlüssen der Goethe-Universität sowie aktuell sieben, mit der Auftraggeberin verbundener Unternehmen, bzw. Beteiligungsgesellschaften .

Interne Kennung: 9.40.15 VgV EM1-FC-01-23

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79210000 Rechnungslegung und -prüfung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: siehe Vergabeunterlage

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Johann Wolfgang Goethe-Universität Theodor-W.-Adorno-Platz 1

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60323

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/11/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/10/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Optional kann der Vertragszeitraum, unter Beibehaltung aller bis zum Ende der regulären Vertragslaufzeit wirksam getroffenen vertraglichen Vereinbarungen, nach Wahl des Auftraggebers, zwei Mal, um jeweils 12 Monate, oder einmalig, um 24 Monate, bis maximal 31.10.2029, verlängert werden. Der Auftraggeber ist berechtigt diese Option einseitig auszuüben.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Es handelt sich um die Vergabe wiederkehrender Aufträge

Beschreibung: Es handelt sich um eine absehbar dauerhaft zu erbringende Dienstleistung für die Auftraggeberin und die mit ihr verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften, die regelmäßig ausgeschrieben wird.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst# siehe Vergabeunterlage

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Sanktionsvoraussetzungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bieter hat folgende Unterlagen und Nachweise mit dem Angebot vorzulegen: - Eine Unternehmensdarstellung, die die Rechtsform, den Gegenstand und die Größe des Unternehmens, den Sitz des Unternehmens, die Größe und Sitz betreuender Niederlassungen hierzu, sowie die Eigenschaft des Auftragnehmers, als Wirtschaftsprüfer bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaft i.S. von § 319 Abs. 1 HGB und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S. von § 319 Abs. 2-4 HGB, ausweist. - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen/ Vorliegen zwingender (§123 GWB), bzw. fakultativer (§124 GWB) Ausschlussgründe, und entsprechend durchgeführter, geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens, i.S. des § 125 GWB - Eigenerklärung zur Einhaltung des AGG - Eigenerklärung über die Entrichtung der Steuern und Sozialversicherungsabgaben - Eigenerklärung über die ordnungsgemäße Entrichtung der berufsgenossenschaftlichen Beiträge (sofern für die Unternehmensform des Bieters zutreffend) - Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtung zur Zahlung von Tariflohn, bzw. Mindestlohn in der Vertragsausführung, erfüllen wird - Auszug aus dem Handelsregister (in Abhängigkeit der Rechtsform des Bieters), der am Ende der Vorlagefrist (16.04.2024) nicht älter als 90 Tage ist. - Eigenerklärung zur Eintragung im Wettbewerbsregister - Nachweis (Kopie) des Bestehens einer Betriebshaftpflichtversicherung, mit den anzugebenden Deckungssummen, bzw. Abgabe einer Erklärung des Bieters und der Versicherungsgesellschaft, über den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung, im Auftragsfalle. - Eigenerklärung zum Vorliegen, bzw. Nichtvorliegen der Sanktionsvoraussetzungen (EU-Russlandsanktionen) - Eigenerklärung zur Anwendungsverpflichtung und Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) Alle in dieser Bekanntmachung oder der Vergabeunterlage geforderten Nachweise sind entsprechend der einschlägigen Bestimmungen des Herkunftslandes zu erbringen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, dürfen die Nachweise nicht älter als 6 Monate sein. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56, Abs. 2 VgV die Nachforderung von nicht wertungsrelevanten Angebotsunterlagen, bzw. fehlerfreier Unterlagen und Nachweisen zu den Eigenerklärungen, vor. Bieter haben dem Auftraggeber solche Unterlagen und Nachweise spätestens 5 Kalendertage nach Anforderung, zur Verfügung zu stellen, bzw. dem Auftraggeber einen Nachweis des Antrags auf Erstellung der geforderten Nachweise, bei den zuständigen Stellen, vorzulegen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Darstellung der Umsatzentwicklung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bieter hat folgende Unterlagen und Nachweise mit dem Angebot vorzulegen: - Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten 3

abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung (Prüfung und Testierung von Jahresabschlüssen großer Kapitalgesellschaften des öffentlichen Rechts) vergleichbar sind. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Bieters wird unterstellt, wenn ein Mindestumsatz von 500.000 EUR (vor Steuern), pro Geschäftsjahr im maßgeblichen Geschäftsbereich, erzielt wurde. Alle in dieser Bekanntmachung oder der Vergabeunterlage geforderten Nachweise sind entsprechend der einschlägigen Bestimmungen des Herkunftslandes zu erbringen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, dürfen die Nachweise nicht älter als 6 Monate sein. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56, Abs. 2 VgV die Nachforderung von nicht wertungsrelevanten Angebotsunterlagen, bzw. fehlerfreier Unterlagen und Nachweisen zu den Eigenerklärungen, vor. Bieter haben dem Auftraggeber solche Unterlagen und Nachweise spätestens 5 Kalendertage nach Anforderung, zur Verfügung zu stellen, bzw. dem Auftraggeber einen Nachweis des Antrags auf Erstellung der geforderten Nachweise, bei den zuständigen Stellen, vorzulegen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Angabe von Referenzprojekten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bieter hat folgende Unterlagen und Nachweise mit dem Angebot vorzulegen: - Eigenerklärung mindestens 5 Abschlüsse, bei mindestens 3 unterschiedlichen Referenzgebern, vergleichbarer Art* in den letzten 4 Geschäftsjahren** durchgeführt zu haben * Ein Abschluss (Leistung) vergleichbarer Art wird unterstellt, wenn die Leistung, bzw. der Leistungsempfänger, folgende Eigenschaften aufweist: Prüfung und Testierung von Jahresabschlüssen (mindestens 5 Abschlüsse, über alle Referenzen hinweg) großer Kapitalgesellschaften des öffentlichen Rechts i.S. des HGB (auch aus dem kommunalen Bereich), jedoch mindestens eine Referenz (aus der minimalen Anzahl von 3 Referenzen), aus der Durchführung der v.g. Leistungen im Bereich einer öffentlich-rechtlichen Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbarer Größe, bezogen auf: Studierendenzahlen, Bilanzsumme, Beschäftigte und Höhe der Landeszuschüsse, bzw. einer öffentlich-rechtlichen, forschenden Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland, mit vergleichbaren Werten die Bilanzsumme und die Höhe der Landeszuschüsse betreffend. ** Zur Sicherstellung eines ausreichenden Wettbewerbs, i.S.d. § 46, Abs. 3, Nr. 1 VgV hat der Auftraggeber den Referenzzeitraum auf insgesamt 4 Jahre erweitert. - Eigenerklärung zur Eignungsleihe § 47 VgV) Alle in dieser Bekanntmachung oder der Vergabeunterlage geforderten Nachweise sind entsprechend der einschlägigen Bestimmungen des Herkunftslandes zu erbringen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, dürfen die Nachweise nicht älter als 6 Monate sein. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56, Abs. 2 VgV die Nachforderung von nicht wertungsrelevanten Angebotsunterlagen, bzw. fehlerfreier Unterlagen und Nachweisen zu den Eigenerklärungen, vor. Bieter haben dem Auftraggeber solche Unterlagen und Nachweise spätestens 5 Kalendertage nach Anforderung, zur Verfügung zu stellen, bzw. dem Auftraggeber einen Nachweis des Antrags auf Erstellung der geforderten Nachweise, bei den zuständigen Stellen, vorzulegen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Gesamtpreis (Jahresbetrag) der Prüfungsleistungen GU und ihrer Beteiligungen

Beschreibung: Das Hauptkriterium "Preis" setzt sich aus zwei Unterkriterien zusammen: 1.

Unterkriterium zum Hauptkriterium "Preis", mit einem Gewichtungsanteil von 60% des

Hauptkriteriums "Preis" und einem Gesamtgewichtungsanteil von 30% 2. Unterkriterium zum

Hauptkriterium "Preis", mit einem Gewichtungsanteil von 40% des Hauptkriteriums "Preis" und

einem Gesamtgewichtungsanteil von 20%

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Plausibilität und Qualität des Realisierungskonzeptes

Beschreibung: Das Hauptkriterium "Qualität" setzt sich aus fünf Unterkriterien zusammen: 1.

Nachvollziehbarkeit der zeitlichen und inhaltlichen Umsetzung, sowie der Bieterseitigen

Maßnahmen zur Termin- und Qualitätssicherung - auch unter Berücksichtigung Landesseitiger

Terminanpassungen, mit einem Gewichtungsanteil von 20% des Hauptkriteriums "Qualität"

und einem Gesamtgewichtungsanteil von 10% 2. Nachvollziehbarkeit und Optimierung der

Zeit- und Ressourcenplanung der Auftragnehmer- und Auftraggeber-seitig aufzubringenden

Personal- und Zeitressourcen, mit einem Gewichtungsanteil von 20% des Hauptkriteriums

"Qualität" und einem Gesamtgewichtungsanteil von 10% 3. Organisatorische Sicherstellung

der Verfügbarkeit des Prüfungsteams und Nachrückerregelung bei Ausfall, mit einem

Gewichtungsanteil von 20% des Hauptkriteriums "Qualität" und einem

Gesamtgewichtungsanteil von 10% 4. Qualifikation der Mitglieder des Prüfungsteams und

Einbindung der Prüfungsleitung in den Prüfungsprozess, mit einem Gewichtungsanteil von

20% des Hauptkriteriums "Qualität" und einem Gesamtgewichtungsanteil von 10% 5.

Aufbereitung der Prüfungsergebnisse und Abstimmung mit dem Auftraggeber, mit einem

Gewichtungsanteil von 20% des Hauptkriteriums "Qualität" und einem

Gesamtgewichtungsanteil von 10%

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/03/2024 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteeuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMYH0B0/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: Deutsches Vergabeportal (DTVP)

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMYH0B0>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMYH0B0>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 16/04/2024 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 11 \$name_timeperiod.

WEEKS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Soweit dies vergaberechtlich zulässig ist, behält sich der Auftraggeber die Nachforderung fehlender Angebotsunterlagen und Nachweise, vor.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 16/04/2024 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Ort des Eröffnungstermins: Die Angebotseröffnung erfolgt im DTVP-System durch zwei Mitarbeitende der Vergabestelle des Auftraggebers (Einkaufsmanagement)

Eröffnungstermin — Beschreibung: Zur Angebotsöffnung sind keine Personen, außer den befugten Bevollmächtigten des Auftraggebers, zugelassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Auftrag kann nur von Wirtschaftsprüfern, bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften i.S. von § 319 Abs. 1 HGB, ausgeführt werden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlage

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: Aufgrund des erheblichen Initialaufwandes für den Auftraggeber und den Auftragnehmer, sowie des recht preisstabilen Marktes, beträgt die maximale Vertragslaufzeit (inkl. Verlängerungsoption) 5 Jahre.

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Vermeintliche Vergabeverstöße hat der Bewerber/ Bieter unverzüglich, schriftlich, gegenüber dem Auftraggeber, zu rügen. Ergibt eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang bei der Vergabekammer beantragen. Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig (§ 160 Abs. 3 Nr.4 GWB). Der Auftraggeber weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Unternehmen sowie auf die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin: Ein Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit: 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht

innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Der Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bereich Finanzen und Controlling, Einkaufsmanagement
TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Der Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bereich Finanzen und Controlling, Einkaufsmanagement

Registrierungsnummer: DE 114 110 511

Postanschrift: Theodor-W.-Adorno-Platz 1

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60323

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Einkaufsmanagement

E-Mail: vergabestelle@dlist.server.uni-frankfurt.de

Telefon: +49 69-79819852

Fax: +49 69-79817165

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: 06-22630029-17

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 615112-6603

Fax: +49 615112-5816

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 21a4aa77-b0f5-4cf4-b44f-013cbc19bff4 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 08/03/2024 14:38:38 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 146562-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 50/2024

Datum der Veröffentlichung: 11/03/2024